6. 1. Wer ist strafantragsberechtigt nach §. 14 des Markenschutzgesetzes?

2. Kann ein Kaufmann, der das Generaldepot für Waren eines ausländischen Produzenten führt, für diese Waren den Schutz des erwähnten Gesetzes durch Anmeldung eines Zeichens gemäß §. 1 des Gesetzes erwerben?

Gesetz über den Markenschutz vom 30. November 1874 §§. 1. 13. 14.

I. Straffenat. Urtr. v. 31. März 1892 g. D. Rep. 680/92.

I. Landgericht Amberg.

Aus den Gründen:

1. Zur Begründung der Beschwerde wegen irriger Gesetzesanwendung beruft sich die Revision in erster Linie auf den Wortlaut und vermeintlichen Sinn der §§. 13. 14 des Markenschutzgesetzes, wonach der Handeltreibende nur bezüglich eines für einen inländischen Produzenten zu schützenden Warenzeichens strafantragsberechtigt sei.

Sowohl Wortlaut als Geist des Gesetzes stehen solcher Auffassung entgegen.

Vor allem ist §. 13 erst durch den Reichstag eingeschaltet worden, lediglich um außer dem strafrechtlichen Schutze des §. 14 den Markenschutzberechtigten auch eine Civilklage zu gewähren, und zwar, weitergreifend als §. 14, auch für den Fall nicht wissentlicher Rechtsverletzung. Er hatte also eine Ausdehnung, nicht eine Beschränkung des objektiven Markenschutzes zum Zwecke. Daß in subjektiver Beziehung an den allgemeinen Grundsätzen des Entwurfes hier irgend eine Änderung getroffen werden sollte, kam nirgend zum Ausdruck.

Vgl. Druckfachen des Reichstages II. Session 1874 Nr. 32 S. 2. 3.

Verhandlungen des Reichstages, Sitzung vom 11. November 1874, S. 100 flg.

Der jetzige §. 14 aber ist der nahezu unveränderte §. 13 des Entwurfes; der erst im Reichstage entstandene §. 13 des Gesetzes kann also zu seiner Erläuterung überhaupt nicht herangezogen werden. Der §. 14 ist vielmehr aus dem vom Reichstage gebilligten Standpunkte der Motive hervorgegangen, wonach der Schutz des Gesetzes hinsichtlich der Warenzeichen gerade den Kaufleuten im Sinne des Handelsgesetzbuches, den Produzenten aber nur dann gewährt werden soll, wenn sie zu den Kaufleuten im erwähnten Sinne gehören.

Vgl. Druckfachen Nr. 20 S. 9. 10 und §. 1 des Gesetzes, der im Reichstag ohne Diskussion angenommen wurde.

Daß der Wortlaut des §. 14 die von der Revision versuchte Deutung gestatte, hat diese selbst nicht geltend gemacht. Übrigens verweist in §. 13 das Wort „ersteren“ offenbar nicht auf den inländischen Produzenten allein, im Gegensatz zum Handeltreibenden, sondern auf die Alternative „Produzenten oder Handeltreibenden“ im Gegensatz zu demjenigen (als „letzteren“), der Waren widerrechtlich bezeichnet. Sonst käme man zu dem widersinnigen Ergebnisse, daß §. 13 dem Handeltreibenden den Schutz von Rechten versagt, die §§. 1. 8 ihm gewähren.

2. Ob der Kaufmann, der eine Marke nach Maßgabe des Gesetzes angemeldet hat, die damit zu bezeichnende Ware von einem in- oder von einem ausländischen Produzenten erwirbt, ist für die vorwürfige Frage belanglos; das Gesetz macht keinen Unterschied. Darum kann sich die Revision auch darauf nicht stützen, daß die Firma E. lediglich das Generaldepot eines ausländischen Produzenten führe, denn eine

Untersuchung des Civilrechtsverhältnisses, auf Grund dessen der Kaufmann eine von ihm vertriebene Ware besitzt, ist nach allgemeinen handelsrechtlichen Grundsätzen in der Regel ausgeschlossen (Art. 306 H.G.B.'s)

vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 16 S. 314 flg.,
und ein Ausnahmefall liegt hier nicht vor. Daß aber thatsächlich die Handelsfirma E. (Art. 5 H.G.B.'s) mit den hier fraglichen Schweizerpillen Handel treibt, ist vom Landgerichte festgestellt; diese Ware ist im handelsrechtlichen Sinne ihre Ware, auch wenn das Eigentum daran einem Dritten zustehen sollte.